



Fraktion DIE LINKE. Im Kreistag Hameln-Pyrmont, c/o DIE LINKE, Domeierstr. 6, 31785 Hameln

Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport
Kommunalaufsicht
Lavesallee 6
30169 Hannover

Fraktion im Kreistag Hameln-Pyrmont
c/o DIE LINKE
Domeierstr. 6
31785 Hameln
Tel.: 01 76 / 46 51 74 62
Email: mail@fraktion-linke-hamelnde

03.07.2020

Mögliche Weitergabe von nichtöffentlichen Informationen an die Medien durch Kreistagsabgeordnete

Sehr geehrte Damen und Herren,

erst jüngst haben wir im Landkreis in einem breiten Bündnis „BUNT STATT BRAUN“ einen Aufruf zu respektvollem Umgang miteinander, insbesondere in der politischen Auseinandersetzung, veröffentlicht. Unterzeichner sind zahlreiche Verbände, Vereine, Organisationen, Parteien und Politiker.

Mit Bestürzung haben wir daher die Medienberichterstattung um die Krankengeschichte des ehemaligen Landrats Tjark Bartels zur Kenntnis genommen. Dabei sind Informationen aus einer nichtöffentlichen Vorlage des Kreistags an die Öffentlichkeit gelangt. Erstmals öffentlich berichtet über den Antrag auf Anerkennung eines Dienstunfalls hat die Deister-, und Weserzeitung in ihrer Ausgabe vom 29. Juni 2020. Es steht zu befürchten, dass Kreistagsabgeordnete diese Informationen an die Medien weitergegeben hat.

Wir bitten Sie daher um rechtliche Einschätzung des Sachverhalts. Insbesondere interessiert uns dabei die bisherige Rechtsprechung zu § 40 NKomVG. Insbesondere bitten wir um eine Einschätzung, ob im vorliegenden Fall die Grenze zur Strafbarkeit überschritten ist.

Außerdem bitten wir um Hinweise, wie zukünftig die Nichtöffentlichkeit von Informationen und Beratungen im Kreistag und seinen Gremien zuverlässig sichergestellt werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Kurbjuweit
Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Hameln-Pyrmont
Fraktionsvorsitzender

Anlagen

Bank: Stadtparkasse
Hameln-Weserbergland
IBAN:
DE88 2545 0110 0161
2512 69

Fraktionsvorsitzender:
Peter Kurbjuweit
Stellv. Fraktionsvorsitzender:
Dr. Matthias Loeding

Postadresse:
c/o DIE LINKE
Domeierstr. 6
31785 Hameln
Tel.:(01 76) 46 51 74 62

Bürozeiten:
Termin nach
Vereinbarung




BUNT STATT BRAUN


Hameln-Pyrmonter Aufruf

Gemeinsam für Toleranz und Solidarität - Geschlossen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, faschistische Tendenzen, Hass und rechte Gewalt

Mit diesem Aufruf bekräftigt das regionale Bündnis Bunt statt Braun seine Warnungen seit seinem Bestehen Anfang 2009 vor den Gefahren von Menschenverachtung, Ausgrenzung und Rechtspopulismus. Die NSU-Morde, der Brandanschlag in Salzhemmendorf, die Ministerpräsidentenwahl in Thüringen, die Tötung des Politikers Walter Lübcke, der Mordanschlag in Hanau und die Hassparolen gegenüber Juden, Muslimen, Geflüchteten und weiteren Minderheiten sowie Angriffe auf Ehrenamtliche und Engagierte bilden die Gründe für diesen Aufruf.

Auch vor Ort kommt es immer häufiger zu verbalen und körperlichen Übergriffen. Daher wenden sich die Unterzeichner*innen mit diesen zehn Punkten an die Menschen im Landkreis:

1. **Geschlossen zusammenstehen:** Wir wollen gemeinsam gegen Gewalt, Bedrohungen, Hass und Extremismus jeglicher Art eintreten!
 2. **Ernst nehmen:** Zu viele Menschen erleben täglich erniedrigende, verletzende, gewaltvolle Äußerungen und Übergriffe, die ernst genommen werden müssen. Populistisches Sprechen schürt Angst und grenzt aus.
 3. **Dagegen reden:** Wir dürfen nicht schweigen, sondern können durch Widerspruch, deutliches Positionieren und engagierte Diskussionen ein Zeichen setzen, um Minderheiten zu schützen.
 4. **Weltoffen und friedlich:** Lassen Sie uns gemeinsam mit allen Nationalitäten und Glaubensgemeinschaften für eine weltoffene und friedliche Gesellschaft eintreten.
 5. **Jeder Einzelne zählt:** Jedes einzelne Engagement gegen Rechtsextremismus trägt zur Stärkung einer demokratischen Kultur bei. Seien Sie daher selbst aktiv!
 6. **Engagement stützen:** Schluss mit den Übergriffen und groben Beleidigungen - gerade auch durch rohe Sprache und Videoclips im Internet gegenüber Personen, die sich gesellschaftlich engagieren.
- 

- 
7. **Schutz vor Waffengewalt:** Der Umgang mit Waffen muss durch rigorose Anwendung bestehender Gesetze und Regelungen besser kontrolliert und stärker eingeschränkt werden.
 8. **Mehr Beratung und politische Bildung:** Mehr Geld für Beratung und politische Bildung und Fortbildung gegen Rechtsextremismus - auch vor Ort.
 9. **Keinen Schritt nach rechts:** Mit Demokratiefeinden darf es keine Kooperation geben - nicht im Bund, nicht in den Ländern und nicht auf kommunaler Ebene!
 10. **Gemeinsam entschieden handeln:** Gegen die Feinde der Demokratie und für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft müssen alle Demokratinnen und Demokraten gemeinsam eintreten und entschieden handeln.

Bündnis BUNT STATT BRAUN HAMELN-PYRMONT

Silvia Büthe; Volker Eggers; Peter Kurbjuweit;

Diesen Aufruf unterstützen:

Sumpflume; Jüdische Gemeinde e.V., Rachel Dohme; **Lebenshilfe Hameln-Pyrmont e.V.;** **Diakonie Hameln-Pyrmont;** Bernhard Gelderblom; **Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft,** Annette Hergaden; **Jusos Hameln-Pyrmont;** **Vorsitzender DIE LINKE Stadtratsfraktion Hameln,** Gerd Siepman; **Vorsitzender SPD Stadtratsfraktion Hameln,** Wilfried Binder; **MdL Ulrich Watermann;** **Partei Die Piraten,** Claudia Schumann; **Landrat Hameln-Pyrmont,** Dirk Adomat; **Evangelische Jugend Hameln-Pyrmont;** **Jobcenter Hameln-Pyrmont,** Thomas Wiese; **Stadtjugendfeuerwehr Hameln;** **Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Hameln-Pyrmont;** **Islamische Gemeinde Hameln e.V.;** **Evangelisch-Reformierte Kirchengemeinde Hameln;** **MdB Jutta Krellmann;** **MdB Johannes Schrap;** **SPD Kreistagsfraktion Hameln-Pyrmont,** Constantin Grosch; **Kuratorium zur Förderung der Inklusion Hameln-Pyrmont e.V.;** **Forum Inklusion;** **DIE LINKE Hameln-Pyrmont,** Stephan Marquardt; **Wolfgang Räschke;** **DGB Region Niedersachsen Mitte,** Dr. Imke Hennemann-Kreikenbohm; **IG Metall Alfeld-Hamel-Hildesheim,** Mathias Neumann; **ver.di Ortsverein Hameln,** Dieter Bartsch; **Superintendent Kirchenkreis Hameln-Pyrmont,** Philipp Meyer; **SPD Unterbezirk Hameln-Pyrmont,** Barbara Fahncke; **Probürger,** Helmuth Mönkeberg; **Birgit Albrecht;** **Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten,** Lena Melcher; **Kreissportbund Hameln-Pyrmont,** Maria Bergmann; **Bernd Himler;** **ADFC Hameln,** Horst Maler; **Jüdische Kultusgemeinde Hameln,** Irina Pirogova; **ver.di Hameln-Pyrmont,** Jan Orbach; **DIE LINKE Kreistags- und Stadtratsfraktion Hameln-Pyrmont,** Dr. Matthias Loeding, Daniel Wunsch; **Oberbürgermeister Stadt Hameln,** Claudio Griese; **Bürgermeister Flecken Aerzen,** Andreas Wittrock; **Bürgermeister Gemeinde Emmerthal,** Andreas Grossmann; **Bürgermeister Hess. Oldendorf,** Harald Krüger; **Bürgermeister Bad Münder,** Hartmut Büttner; **FDP Kreistagsfraktion Hameln,** Rüdiger Zemlin; **Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.,** Christoph Seese; **BUND Hameln-Pyrmont,** Andrea Brenker-Pegesa; **Caritasverband im Weserbergland,** Reinhold Marx; **Julia Niemeyer;**

Deister und Weserzeitung, 29.06.2020

Antrag auf Dienstunfall

Kreistag muss über Anliegen von Ex-Landrat Bartels entscheiden

VON THOMAS THIMM

HAMELN-PYRMONT. Acht Monate nach seinem Ausscheiden aus dem Amt wird die Personale des ehemaligen Landrates von Hameln-Pyrmont, Tjark Bartels (SPD), erneut zum Thema in der Kreispolitik. Bartels hat beantragt, seine Dienstunfähigkeit als Folge eines Dienstunfalls anzuerkennen. Dem Kreistag Hameln-Pyrmont liegt deshalb eine Vorlage vor, nach der beschlossen werden soll, dass Bartels' Dienstunfähigkeit auf eben einen solchen Dienstunfall zurückzuführen sei.

Bartels hatte im Oktober letzten Jahres erklärt, dass er einen schweren Burnout erlit-

ten und deshalb das Innenministerium in Hannover gebeten habe, das Verfahren zur Versetzung in den Ruhestand aufgrund einer Dienstunfähigkeit einzuleiten. Diesen Bescheid hat das Innenministerium am 28. Oktober 2019 erteilt. Am selben Tag hat Bartels beantragt, die Dienstunfähigkeit als Folge eines Dienstunfalls anzuerkennen.

Nach dem Niedersächsischen Beamtenversorgungsgesetz ist ein Dienstunfall „ein auf äußerer Einwirkung beruhendes, plötzliches, örtlich und zeitlich bestimmtes, einen Körperschaden verursachendes Ereignis, das in Ausübung oder infolge des Dienstes eingetreten ist“.

In der Beschlussvorlage für den am 30. Juni tagenden Kreisausschuss und den am 7. Juli tagenden Kreistag ist die Rede von einem „die Dienstunfähigkeit verursachenden Ereignis vom 29. Mai 2019“. Was dieses Ereignis gewesen ist, wird in der Vorlage allerdings nicht ausgeführt.

Der Kreistag als oberste Dienstbehörde des Landrates soll jedoch „über die Anerkennung des Unfalls als Dienstunfall“ entscheiden. Aus einer Anerkennung als Dienstunfall ergeben sich versorgungsrechtliche Auswirkungen, nämlich die Zahlung einer erhöhten Versorgungsleistung. Das geht aus der Beschlussvorlage hervor.

Das Landesamt für Bezüge und Versorgung schreibt allgemein: „Ist der Beamte infolge des Dienstunfalles dienstunfähig geworden und deshalb in den Ruhestand getreten, wird Unfallruhegehalt gewährt.“ Das Unfallruhegehalt ist demnach um 20 Prozent erhöht, beträgt mindestens 66,3 und höchstens 75 Prozent. Des Weiteren heißt es, dass, wenn die Voraussetzungen für ein erhöhtes Unfallruhegehalt erfüllt sind und der unfallbedingte Grad der Schädigungsfolgen mindestens 50 Prozent beträgt, neben der laufenden Versorgung eine einmalige Unfallentschädigung gezahlt wird. Diese beträgt 150 000 Euro und ist steuerfrei.

„Anschlag auf die Rechtsstaatlichkeit“

Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion Hameln-Pyrmont reagiert erbost im Fall Bartels

VON MATTHIAS ASCHMANN

HAMELN-PYRMONT. Constantin Grosch ist hochgradig verärgert, spricht von einem Anschlag auf die Rechtsstaatlichkeit. Der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion Hameln-Pyrmont reagiert erbost und nach eigenen Worte erschüttert auf die aktuelle Debatte um die Feststellung eines Dienstunfalls beim ehemaligen Landrat Tjark Bartels.

„Es ist unerträglich, wie mit der Gesundheit, den persönlichen Daten und rechtsstaatlichen Prinzipien vonseiten der Opposition und der Medien im Falle von Tjark Bartels umgegangen wird“, so Grosch. Fakt sei, Tjark Bartels sei weder zu-

rückgetreten noch habe er seinen Ruhestand beantragt. Seine pflichtgemäße Anzeige der dauerhaften Dienstunfähigkeit habe zur Versetzung in den Ruhestand geführt. Der nun zu treffende Beschluss des Kreistages Hameln-Pyrmont sei keine politische Angelegenheit, sondern der Abschluss eines rechtsstaatlichen Verwaltungsakts. Das Ergebnis der Prüfung, ob ein Dienstunfall vorliegt, sei daher fachlich zu begründen und habe einer rechtlichen Prüfung standzuhalten. Zu diesem Zweck hat der Landkreis Hameln-Pyrmont laut Grosch seit 1968 diese und andere zu klärenden Sachverhalte an die niedersächsische Versorgungskasse (NVK) delegiert. Seit ihrem

Bestehen habe es keine Abweichungen von Empfehlungen der NVK gegeben.

Jegliche Aussagen über den Hergang des Dienstunfalls und die finanziellen Auswirkungen seien reine Spekulation, da die Gutachten dem Landkreis und damit auch den Abgeordneten nicht vorliegen. Aufgrund der Empfehlung der NVK könne aber sicher gesagt werden, dass die kolportierten Summen nicht zustande kommen werden. Grosch: „Es macht mich wütend, wie Abgeordnete des Kreistages zum wiederholten Male vertrauliche und höchst persönliche Angelegenheiten in die Öffentlichkeit tragen und damit Gesetze leichtfertig brechen. Dass aus-

gerechnet der sozialpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Volker Meyer, das Ignorieren jeglicher sozialdatenschutzrechtlicher Grundprinzipien zum Anlass nimmt, Ratschläge an erkrankte Berufskollegen zu verteilen, lässt mich nicht nur moralisch angewidert zurück, sondern stellt auch die Frage nach seiner Fachlichkeit im Bezug auf versorgungsrechtliche Themen.“ Jeder Bürger und jedes Mitglied der Kreisverwaltung müsse sich darauf verlassen können, dass persönliche und gesundheitssensible Vorgänge unter Wahrung aller rechtsstaatlicher und datenschutzrechtlicher Prinzipien behandelt werden. Dies sei hier offensichtlich nicht der Fall.

Deister, und Weserzeitung, 3.7.2020